



Notfalls gegen die Mehrheitsströmung

Zur Podiumsdiskussion über das Thema „Antisemitismus, deutsche Medien und der Nahostkonflikt“ am 26.6.2003 im Paul-Löbe-Haus, Berlin

von Klaus Faber

Am 26. Juni 2003 diskutierten etwa 140 Gäste und eine Runde aus Experten und Parlamentariern im Paul-Löbe-Haus, einem Nebengebäude des Reichstags. Mit dem Thema „Antisemitismus, deutsche Medien und der Nahostkonflikt“ griffen die vier Träger der Veranstaltung – das Moses Mendelssohn Zentrum für Europäisch-Jüdische Studien an der Universität Potsdam, das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, das Kulturforum der Sozialdemokratie und Honestly-Concerned – eine aktuelle Frage aus der deutschen Debatte auf. Das American Jewish Committee förderte als Co-Sponsor die Podiumsdiskussion. Gert Weisskirchen, der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, war wesentlich an der Vorbereitung beteiligt.



Zum Stand der Antisemitismusdebatte

Es gebe keine neue Antisemitismus-Welle in Europa, erklärte EU-Sprecher Javier Solana vor kurzem gegenüber US-Vertretern in Washington. Solana widerspricht mit dieser Behauptung allen Feststellungen in Umfragen und anderen Untersuchungen. Die französische Regierung erkennt öffentlich an, dass der sich zunehmend auch an den Schulen ausbreitende Antisemitismus ein Problem darstellt, das zum Handeln zwingt. Das Simon Wiesenthal Zentrum weist in seinen Publikationen immer wieder auf die jetzt wahrzunehmende *größte antisemitische Welle in Europa seit 1945* hin. Liegt es an einem Mangel an politischer Sensibilität, der Solana, anders als andere – insbesondere die unmittelbar betroffenen jüdischen Gemeinschaften – die Zeichen der Zeit nicht erkennen lässt? Ist Solana über die zahlreichen Publikationen zum wachsenden arabisch-islamischen Antisemitismus, auch unter den muslimischen Minderheiten in Europa, nicht unterrichtet?

Gegen Israel gerichtete, voreingenommene Erklärungen von EU-Akteuren sind bekannt. Terroranschläge und israelische Antiterrormaßnahmen stellen sie oft auf eine gemeinsame politische Ebene. Antijüdische Propaganda und Gewalttaten „versteht“ Solana vermutlich, wie andere EU-Vertreter, als Reaktion auf den Nahostkonflikt – als vielleicht überzogene und daher abzulehnende, aber zumindest dem Anlass nach zu be-

greifende Antwort auf die „Unterdrückung“ der arabischen Palästinenser. Dass *Israel zum „Juden“ unter den Staaten gemacht* wurde, wie es Rabbi Andrew Baker auf der Berliner Podiumsdiskussion formuliert hat, dass an Israels Politik Maßstäbe mit einem programmierten negativen Bewertungsergebnis angelegt werden, die für keinen anderen Staat gelten, dass auf die Forderung nach Auslöschung Israels, die islamische Staaten und Gruppen erheben oder arabische Schulbücher und Medien verbreiten, nicht deutlich mit Wort und Tat reagiert wird, dass sich politische Aversionen im Alltag vielfach in gleicher Weise gegen Israel und die jüdischen Gemeinschaften richten – das alles entzieht sich der kritischen politischen Wahrnehmung Solanas und anderer. Es entzieht sich ihrer Wahrnehmung nicht etwa deshalb, weil ihnen die relevanten Fakten unbekannt wären, sondern weil sie diese Fakten nach einem Erklärungsmuster deuten, das die geschilderten antiisraelischen und antijüdischen Tendenzen in Gesellschaft, Politik und Medien rechtfertigt oder relativiert. Die Nahostpolitik Solanas und der EU-Administration fügt sich dementsprechend ohne weiteres in die Reihe derjenigen Positionen ein, die das Friedenshindernis im wesentlichen in der israelischen „Besatzung“, zudem in Eigenschaften des jüdischen Staates, weniger oder gar nicht dagegen in der arabischen Leugnung des israelischen Existenzrechts oder im arabischen Antisemitismus und Terror sehen.

Deutsche Medien und der Nahostkonflikt

Eine ähnliche Ausgangslage besteht in der deutschen Medien- und Politikdebatte zum arabisch-israelischen Konflikt und zu den neuen antisemitischen Strömungen. Die *Beiträge zur ersten Runde des Berliner Forums* – von Andrew Baker, der das American Jewish Committee vertrat, von Ulrich W. Sahn, einem deutschen Journalisten in Israel, von Eldad Beck, einem israelischen Journalisten in Deutschland, von Sacha Stawski, dem Gründer des Internetforums Honestly-Concerned, und von Rabbi Andreas Nachama, Mitglied im Kuratorium des Moses Mendelssohn Zentrums – haben in beeindruckender Weise das Problem beschrieben: *die Aussonderung Israels in Medien und Politik und den fließenden Argumentationsübergang zum Antisemitismus*.

Die deutsche Öffentlichkeit wird, so Ulrich W. Sahn, von tendenziös berichtenden Nachrichtenagenturen „mit scheinbar harmlosen Worten“, etwa mit Zusätzen nach dem Muster vom „Hardliner“ Sharon oder mit der seit langem in der Sache widerlegten Formel von einer „Provokation Sharons auf dem Tempelberg“, sowie mit „fragwürdigen Ministatistiken“ über die palästinensischen und israelischen Totenzahlen „gezielt zu *Judenhass, falschem Mitleid und Parteinahme gedrängt*“. Nach dem Bericht Sahms fügt eine Nachrichtenagentur jeder Meldung eine derartige pauschale Zahlenangabe zu den israelischen und palästinensischen Toten bei.



Die dort genannten über 2300 arabischen Toten wurden aber nicht alle „von den Israelis getötet“, wie einige Ministatistiken unterstellen. Auf der palästinensischen Seite waren dabei, genauer untersucht, weit über die Hälfte der Toten Kombattanten, also am bewaffneten Konflikt Beteiligte, oder auf andere Weise ohne Kombattantenstatus, z. B. als Selbstmordattentäter, Konflikttelnehmer. Ein Viertel der als Opfer gezählten arabischen Frauen waren Selbstmordattentäterinnen oder Kombattantinnen. Die rund 200 palästinensischen Selbstmordattentäter werden alle, so Sahm, in den erwähnten Statistiken von Nachrichtenagenturen als Opfer der Israelis angesehen. Dies gilt ebenso für Bombenbauer, die bei „Arbeitsunfällen“ durch Sprengstoffexplosionen umkommen, und sogar für diejenigen Palästinenser, die wegen angeblicher Kollaboration mit Israel von ihren Landsleuten ermordet wurden. Die Zahl der toten Frauen ist auf der israelischen Seite dreimal so hoch wie auf der palästinensischen Opferliste. Allein diese von den Nachrichtenagenturen nicht verbreitete Relation kann mehr als manche andere Information Aufschluss über den Charakter der „Al-Aksa-Intifada“ geben.



v.r.n.l.: Eldad Beck, israelischer Journalist, (Yedioth Ahronoth), Ulrich W. Sahm, Nahostkorrespondent (ntv), Amit Gilad (Pressesprecher der israelischen Botschaft in Berlin)

Einseitigkeit und parteiliche Lageanalysen prägen, so Eldad Beck, das Mehrheitsbild in der deutschen Nahostberichterstattung. Große Teile der deutschen Medien sehen es offenbar als ihre Aufgabe an, in den Berichten über den arabisch-israelischen Konflikt nicht nur das Geschehene zu schildern, sondern zugleich offen oder verdeckt Wertungsnoten zu vergeben, in aller Regel mit einem negativen Ergebnis für Israel. Manche von Beck dargestellten Beispiele aus der deutschen Pressepraxis liegen in der Nähe der Manipulationsgrenze. Dies gilt etwa für den redaktionellen „Ausgleich“ gegenüber einer möglicherweise israelfreundlich wirkenden

Artikelüberschrift durch beigefügte Bilder, die zwar keinen Zusammenhang mit dem konkreten Berichtsthema aufweisen, aber, in Übereinstimmung mit der sonst vorherrschenden Tendenz, Israel negativ bewerten. Über ihren Bericht mit der Überschrift „Israel bereitet Rückzug vor“ setzte eine deutsche Zeitung z. B. ein großes Bild mit folgender erklärender Zeile: „Ein israelischer Soldat zielt an einem Checkpoint in der West Bank auf einen sich nähernden Mann“. Beck zeigte auf, dass dies kein isolierter Einzelfall in den deutschen Medien ist.

Sacha Stawski und Andreas Nachama erleben als Juden den alltäglichen Antisemitismus in Deutschland, der, wie Umfragen zeigen, zunimmt und nicht nur die extremen Politikflügel erfasst. Antijüdische Auffassungen sind weit verbreitet, auch in der Mitte der Gesellschaft, wie *Stawski* mit persönlichen Erfahrungen und ebenso mit neueren Erhebungen belegt. Verständlich finden danach 36% der Deutschen die Äußerung „Ich kann gut verstehen, dass manchen Leuten Juden unangenehm sind“. 35% der 18- bis 29-Jährigen sehen nach einer von *Stawski* zitierten Spiegel-Umfrage eine Analogie zwischen Israels Handeln und Hitlerdeutschlands Mord an den Juden. Natürlich wende er sich nicht gegen begründete Kritik an Israel oder an der israelischen Regierung, wie sie auch in Deutschland bereits seit langer Zeit immer wieder geäußert werde, betonte *Stawski*; israelfeindliche oder antisemitische Parteilichkeit seien jedoch nicht zu akzeptieren. Diese Abgrenzungspolition wurde von allen Diskussionsteilnehmern geteilt.

Stawski kritisierte, wie andere Diskussteilnehmer, die tendenziöse Wortwahl von Politik und Medien zum Nahostkonflikt. Sichtbar wird sie etwa in dem negativen Etikett „Vergeltung“ zur Bezeichnung der israelischen Antiterrormaßnahmen. Diese Formulierung war vor kurzem auch in einer deutschen Regierungserklärung verwandt worden. Niemals wird sie demgegenüber zur Beschreibung für Antiterroraktionen der Koalitionsstreitkräfte in Afghanistan oder im Irak gebraucht. Jüdische Bürger werden immer wieder persönlich zum Nahostkonflikt angesprochen. *Jüdische Schüler wurden, so Stawski, an deutschen Schulen von ihren nichtjüdischen Lehrern aufgefordert, auf-*

zustehen und das Verhalten der israelischen Armee zu rechtfertigen.

Verantwortung von Medien und Politik

Zwingend stellt sich in diesem Zusammenhang die Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortung von Medien und Politik. Die *Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)*, eine Einrichtung im Verantwortungsbereich des Bundesinnenministeriums, hat eine Studie zur Darstellung des arabisch-israelischen Konflikts in den *Hauptnachrichten des deutschen Fernsehens* in Auftrag gegeben. Sie wurde im letzten Jahr auf einer Medienkonferenz vorgestellt und verbreitet. Ergebnis: Beide Konfliktparteien – Palästinenser und Israelis – bekommen ungefähr die gleiche Zeit in der Fernsehberichterstattung. Tendenzen will dabei die Studie nicht festgestellt haben. Das sichtbare Israelbild werde allerdings zunehmend vom überlegenen Militär bestimmt. Israel gerate damit in die Rolle des Angreifers, was zu Sympathieverlusten führen könne.

Der Medienwissenschaftler Rolf Behrens hat inzwischen die Studie kritisiert. Auch ohne Kenntnis der wissenschaftlichen Kritik sind einige Stärken und Grenzen der von der BpB in Auftrag gegebenen Fernsehstudie gut zu erkennen. Die Studie führt selbst die für Israel negativen Wirkungen der Militärbilder an. Wer aber als Angreifer erscheint und wer nicht, hängt, wie etwa der Afghanistan-Krieg belegt, nicht nur von den eingesetzten Waffen- und Militärsystemen ab. Wenn die von Bombenexplosionen zerfetzten Körper und Gliedmaßen der ermordeten israelischen Kinder, Frauen und Männer – aus gut nachvollziehbaren Gründen – vom deutschen Fernsehen niemals gezeigt werden (es gibt diese Bilder; man kann sie auch im Internet sehen), wohl aber immer wieder verletzte oder tote Palästinenser, wenn sich die gewaltbezogene Bildberichterstattung auf der israelischen Seite demgegenüber überwiegend auf das israelische Militär bezieht, werden damit gewollt oder ungewollt bestimmte Wirkungen erzielt. Für diese Wirkungen tragen *diejenigen Verantwortung, die Fernsehbilder auswählen.* Sahm hat in seinem Vortrag in Berlin den Mechanismus der parteilichen Bildvermittlung und der damit verbundenen Effekte nicht nur am



Beispiel des arabisch-israelischen Konflikts deutlich beschrieben.

Noch klarer werden die Zusammenhänge, wenn man die politischen Signale registriert, die der gesprochene Text der Fernsehnachrichten enthält. Dort werden z. B. fast schon regelmäßig antiisraelische arabische Terroristen nicht als „Terroristen“, sondern als „Extremisten“ oder „Radikale“ angesprochen, worauf verschiedene Teilnehmer an der Berliner Diskussion hinwiesen. Ein deutscher Sender brachte es fertig, am gleichen Tag über ein misslungenes Bombenattentat auf britische Polizisten in Nordirland zu berichten, die Tat dabei „irischen Terroristen“ zuzuschreiben und anschließend von Hamas-Mitgliedern als „Extremisten“ zu sprechen.

Vor diesem Hintergrund ist es eher erstaunlich, dass die Studie der BpB, wie dies noch vor kurzem geschehen ist, als Referenzquelle für eine neutral/positive Bewertung der Medienberichterstattung zum Nahostkonflikt ohne Nennung neuerer Beiträge herangezogen wird. Die Debatte mit den vier Bundestagsabgeordneten, mit Gert Weisskirchen (SPD), Sybille Pfeiffer (CDU), Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) und Markus Löning (FDP), hat in der zweiten Hälfte der Berliner Diskussion die Frage nach der Beurteilung der Medienberichterstattung noch einmal aufgenommen. Dabei wurde die Verantwortung der BpB unmittelbar angesprochen. Es wäre – im Sinne der Berliner Diskussionsergebnisse – sicherlich ein gutes Zeichen, wenn die BpB eine aktuelle Untersuchung zum Thema der wachsenden antisraelischen und antisemitischen Tendenzen, auch, aber nicht nur in den Medien, in Auftrag geben würde.

„In den Medien ist ein Prozess im Gange, der uns Politikern erst jetzt deutlich wurde“, kommentierte Gert Weisskirchen die kritische Bestandsaufnahme aus der ersten Runde der Berliner Podiumsdiskussion. Bei einigen – erschreckenden – Schilderungen habe der Atem gestockt; die problematischen Medientendenzen seien ihm in der dargestellten „Intensität nicht bewusst gewesen“. Einen ähnlichen Eindruck hatten auch die anderen Bundestagsabgeordneten gewonnen. Sybille Pfeiffer kritisierte auf dem Berliner Forum mit deutlichen Worten die

„falsche Berichterstattung“ in den deutschen Medien. Claudia Roth führte die Defizite in der Nahostberichterstattung zum Teil auf mangelnde historische Kenntnisse der beteiligten Redakteure zurück – ein Argument, das auch in der parallel geführten französischen Debatte eine Rolle spielt. Markus Löning distanzierte sich von der Möllemann-Richtung in der FDP. Er teilte die auch von den anderen Abgeordneten geäußerte Kritik am deutschen Medientenor zum arabisch-israelischen Konflikt. Deutschlands Platz sei, so seine Auffassung, an der Seite Israels, auch mit Blick auf die deutsche Geschichte. In diesem Punkt widersprach ihm Sahm, der zwar, wie geschildert, die antiisraelische und antisemitische Propaganda in der deutschen Nahostberichterstattung scharf kritisiert, in der politischen Orientierung aber für Neutralität eintritt.



v.l.n.r.: Sacha Stawski (Honestly-Concerned), Rabbiner Dr. Andreas Nachama (Moses Mendelssohn Zentrum), Rabbi Andrew Baker (AJC), Klaus Faber, Staatssekretär a. D. (Wissenschaftsforum), Prof. Gert Weisskirchen, MdB (SPD)

Antisemitismus ist ein Problem der Nichtjuden, das negative Auswirkungen auf das Zusammenleben mit Juden und auf die Gesamtgesellschaft hat. Auf diese Erkenntnis wies, wohl unter Zustimmung fast aller Anwesenden, Claudia Roth hin. Die damit markierte Position hat Auswirkungen auf die Folgediskussionen nach dem Berliner Forum vom 26. Juni. Weisskirchen regte eine *Plenardebatte im Bundestag* über zunehmende antisemitische und israelfeindliche Tendenzen in den deutschen Medien an. Er wies zudem auf die Mitwirkungsmöglichkeiten von Vertretern der Parteien in *Rundfunk und Fernsehärten* hin. Diesen Vorschlägen stimmten die anderen Bundestagsabgeordneten zu. Eine vergleichbare Frage aus dem Publikum richtete sich an das Auswärtige Amt, das maßgeblich das Hamburger *Orient-Institut* finanziert. Dessen Leiter, Prof. Udo Steinbach, hatte vor nicht allzu langer Zeit arabische Selbstmordterroristen mit

Warschauer Ghettokämpfern verglichen und dadurch mittelbar Terroranschläge gegen Israelis gerechtfertigt.

Perspektiven: die Auseinandersetzung mit einer deutschen Revisionsbewegung, die wahrscheinlich bereits mehrheitsfähig ist

In ersten Stellungnahmen nach der Berliner Diskussionsrunde wurde der Wunsch formuliert, die Initiativen gegen die antisemitischen und israelfeindlichen Tendenzen in Medien und Gesellschaft besser zu koordinieren. Die ersten Ansätze zu einer Reaktion auf die problematischen Medienströmungen gehen, abgesehen von wenigen Ausnahmen, im Wesentlichen auf das letzte Jahr zurück. Die Gründung von Honestly-Concerned unter zunächst schwierigen Bedingungen, diverse Buchpublikationen und andere medienbezogene Aktivitäten, auch an den Hochschulen, spielten in diesem Zusammenhang eine Rolle. Die Bildung eines losen Netzwerks für verschiedene Teilnehmer, für einzelne Personen, Vereinigungen, Institutionen oder Internetforen, ist erst jetzt möglich. Wichtig ist dabei in jedem Fall die Verbindung von Initiativen mit unterschiedlicher Verankerung und Schwerpunktsetzung, auch die Verbindung von jüdischen und nichtjüdischen Trägern. Manche Medienberichte neigen dazu, die Aktionen gegen Antisemitismus und Israelfeindschaft vor allem als einen Fall der jüdischen Interessenvertretung, unterstützt von einigen nichtjüdischen Einzelpersonen, zu schildern. Dieser unzutreffenden Interpretation sollte, wo immer dies möglich ist, widersprochen werden.

Im *Historikerstreit der 80er Jahre* ging es u. a. darum, eine Geschichtsinterpretation abzuwehren, die vor allem durch den Vergleich mit dem Völker- und Massenmord in der Sowjetunion die Bedeutung des deutschen Holocaustverbrechens relativieren wollte. Der Streit ist durch eine Intervention des damaligen Bundespräsidenten beendet worden. Wenn heute 35% der 18- bis 29-Jährigen in Deutschland Israels Handeln mit Hitlerdeutschlands Judenmord vergleichen, so hat dies bestimmt kein geringeres Gewicht als die früheren Relativierungsneigungen deutscher Historiker gegenüber dem Holocaust. Auch eine ausgesprochen israelfeindliche



Interpretation des arabisch-israelischen Konflikts wird nicht leugnen können, dass dieser Konflikt, gemessen am Ausmaß der Opferzahlen und des Unglücks, gegenüber anderen kriegerischen Auseinandersetzungen zurückstehen muss – etwa gegenüber dem Krieg des Nord- gegen den Südsudan mit Hunderttausenden von Toten und noch mehr Vertriebenen, dem algerischen Bürgerkrieg oder der Unterdrückung der Tibeter und Uiguren in China, um nur einige Beispiele zu nennen. Der von über einem Drittel der heranwachsenden Generation vertretene Hitlerdeutschland-Israel-Vergleich macht also den Holocaust – das Menschheitsverbrechen nicht nur des 21. Jahrhunderts – letztlich zu einer Randnotiz der Geschichte. Kann ernsthaft bezweifelt werden, dass hier *Entlastung von der eigenen historischen Verantwortung* als mächtiges Motiv zu erkennen ist? Können die deutschen Medien mit Blick auf ihre Berichterstattung zum Nahostkonflikt überzeugend behaupten, über dieses Motiv und die Wirkungen der eigenen Berichtstendenz nicht Bescheid zu wissen?

Dafür, dass es so weit kommen konnte, tragen die Nichtjuden in Deutschland, *wir* Nichtjuden, und nicht die Juden Verantwortung. Die öffentliche Diskussion nach der Möllemann-Provokation des letzten Jahres belegt, dass viele in den Medien, aber auch

in der Politik leicht Grenzen überschreiten, die früher beachtet wurden. Bedenklicher als die Taten ist das Schweigen. Vieles spricht dafür, dass die eingangs geschilderte Position Solanas auch in Deutschland inzwischen mehrheitsfähig ist. Eine israelfeindliche Bewegung mit antisemitischen Untertönen ist dabei, das deutsche Geschichtsbild zu revidieren, die historische Holocaust-Verantwortung Deutschlands durch Israel-Hitlerdeutschland-Vergleiche zu relativieren, kurz, in Walsers Diktion, sich gegen die „Ausschwitz-Keule“ zu „wehren“.

Damit ist ein Teil der Schwierigkeiten beschrieben, mit der Initiativen zu rechnen haben, die sich gegen die neu/alte *deutsche Revisionsbewegung* wenden. Viele sehen die Dimension des Problems nicht oder leugnen – wie Solana – trotz aller insoweit nicht interpretationsfähigen Umfrageergebnisse schlichtweg seine Existenz.

Andrew Baker vom American Jewish Committee sagte in seinem Schlusswort auf dem Berliner Forum, die Medienbestandsaufnahme bestätige die *kritischen Auffassungen in den USA über die Medientendenzen* in Europa und, im einzelnen, in Deutschland; sie übertreffe sie sogar – negativ – in einigen Punkten. Andererseits sei die Diskussion im Paul-Löbe-Haus ein gutes Zeichen dafür, dass eine Gegenbewegung aktiv sei. Erleichterung

darüber, einmal eine „andere Stimme“ gehört zu haben, äußerten einige Teilnehmer des Berliner Forums vom 26. Juni. Manche dieser Erklärungen ließen aber auch Resignation gegenüber einer übermächtigen Mehrheitsmeinung erkennen. Die Debatte hat zum Thema „Antisemitismus, deutsche Medien und der Nahostkonflikt“ zum ersten Mal Experten, Betroffene sowie Vertreterinnen und Vertreter der vier Bundestagsfraktionen zusammengeführt. Sie hat einen Beitrag zur Aufklärung über problematische deutsche Entwicklungen geleistet. Sie war ein erster wichtiger Schritt. Eine sichtbare Veränderung wird aber erst nach weiteren gemeinsamen Anstrengungen zu erwarten sein, die sich notfalls auch gegen eine deutsche Mehrheitsströmung richten müssen. Denn die zu überwindenden Vorurteile und Prägungen sind, wie die Berliner Diskussion gezeigt hat, inzwischen tief in der öffentlichen Meinung verankert.

Zum Autor: Klaus Faber, Staatssekretär a. D., Rechtsanwalt und Wissenschaftsjournalist in Potsdam. Geschäftsführender Vorsitzender des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Von 1994 bis 1999 Staatssekretär des Kultusministeriums von Sachsen-Anhalt. Mitgründer und Kuratoriumsmitglied des Moses-Mendelssohn-Zentrums für Europäische-Jüdische Studien an der Universität Potsdam und des Berlin-Brandenburgischen Instituts für Deutsch-Französische Zusammenarbeit in Genshagen.

Honestly-Concerned entstand im Mai 2002. Alarmiert von den zunehmend israelfeindlichen und ressentimentgeladenen medialen Begleiterscheinungen des Nahostkonflikts, einer wachsenden Anzahl antijüdischer Äußerungen von Politikern und Teilen der Öffentlichkeit und antisemitischen Tendenzen in Deutschland und Europa, beschlossen wir einzugreifen. Honestly-Concerned wird seitdem immer dann aktiv, wenn Politiker, Pressevertreter oder andere Personen der Öffentlichkeit versuchen, sich mit antisemitischen oder einseitig gegen Israel gerichteten Aussagen hervorzutun. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit liegt in der Medienbeobachtung und in der direkten Reaktion darauf.

Die Mitglieder unserer Initiative – Juden und Nichtjuden – sind solidarisch mit den Menschen in Israel. Und wir sind bereit, Antisemiten die Stirn zu bieten. Eines unserer wichtigsten Kommunikationsinstrumente ist unsere Mailingliste. Auf diesem Wege verbreiten wir Informationen, Presse- und Veranstaltungshinweise. Wir rufen auf zu Leserbrief-, Brief- und Unterschriftenaktionen, Demonstrationen und aktuellen Initiativen. Wir bieten Links zu interessanten Websites und Hintergrundinformationen.

Im Rückblick auf das vorangegangene Jahr können wir auf ein bundesweit große Anzahl von uns organisierten oder unterstützten Veranstaltungen zurückblicken, auf beinahe tägliche Pressespiegel in Sachen „Innenpolitik/Antisemitismus“ und „Nahostkonflikt“, auf

eine stetig wachsende Anzahl von Mailinglistenmitgliedern, auf Leserbriefaktionen und den Austausch an Informationen mit Korrespondenten, Politikern und anderen „Multiplikatoren“ im In- und Ausland.

Honestly-Concerned ist auf die Spenden aller Leser und Freunde angewiesen ...

Der Honestly Concerned Pressespiegel wird kostenlos über das Internet Angebot angeboten. Kostenlos bedeutet aber nicht, daß bei der Erstellung keine Kosten entstehen. Auch wenn alle „Mitarbeiter“ ihre Arbeit ehrenamtlich erbringen, entstehen ständig Kosten. Es ist uns wichtig, unseren Service auch weiterhin kostenlos anbieten zu können. Für die Unterstützung unserer Arbeit in Form einer Spende bedanken wir uns herzlich bei unseren Lesern,

Ihr Honestly-Concerned-Team

Spendenkonto: Kto.-Inh. Honestly Concerned e.V.,
Konto-Nr. 520725100, BLZ 100 100 10 (Postbank)
IBAN DE63 1001 0010 0520 7251 00, BIC PBNKDEF

Kontakt:

Sacha Stawski · Nidenau 82 · 60325 Frankfurt/Main · Tel. 0172/679-7744
Fax 0721/151-433263 · E-Mail: sstawski@honestly-concerned.org
V.i.S.P. Rosemarie Matuschek · c/o Druckerei Primoris & ERIK-Verlag
Prinzessinnenstraße 19-20 · 10969 Berlin · Tel. 030/615 30 09
Fax 030/615 30 00 · E-Mail: rmatuschek@honestly-concerned.org